

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université
Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten
Band: 17 (1991)
Heft: 4

Artikel: Umweltbewusstes Unternehmertum - wirtschaftsverträgliche
Umweltpolitik
Autor: Weizsäcker, Ernst U. von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umweltbewusstes Unternehmertum - wirtschaftsverträgliche Umweltpolitik

Thesen für einen fünftägigen Workshop mit Führungskräften des obersten Managements im deutschsprachigen Raum (veranstaltet vom Gottlieb-Duttweiler-Institut, Rüschlikon)

von Ernst U. von Weizsäcker

1. Unternehmer(innen) stehen an einer ökologisch zentralen Schaltstelle

Das Wirtschaftsgeschehen wird wesentlich durch Unternehmerentscheidungen geprägt. Auch Energie- und Rohstoffbedarf, Schadstoffausstösse, Flächenversiegelung und Strassen- und Luftverkehrsaufkommen hängen wesentlich von Unternehmerentscheidungen ab.

Mit umweltbewusstem Management (z.B. nach der Winter'schen Checkliste) können Unternehmer(innen) ohne Gefahr für geschäftlichen Erfolg wesentlich zur Entlastung der Umwelt beitragen. Wer sich diesem inzwischen modisch gewordenen Trend zu entziehen versucht, läuft Gefahr, vom Kunden und anderen Geschäftspartnern bestraft zu werden.

2. Ohne klare ökologische Rahmensetzungen kann auch hohes Umweltbewusstsein im Unternehmen nicht allzuviel für die Umwelt ausrichten.

Wenn die Konkurrenz durch Vernachlässigung der Umwelt bedeutende Kostenvorteile erlangt, bleibt der Spielraum für das umweltfreundliche Unternehmertum eng begrenzt. Die heute geltenden Umweltgesetze reichen als Rahmensetzung bei weitem nicht aus. Sie sind in den verwaltungsmässig weniger entwickelten Ländern fast gar nicht und auch in den wohlhabenden Industriestaaten nur mit beträchtlichem "Vollzugsdefizit" durchzusetzen. Sie kosten auch auf Unternehmerseite unnötig viel Verwaltungsaufwand.

Und sie betreffen fast nur Schadstoffe. Umweltbewusstes Unternehmertum muss den Einsatz für bessere, möglichst umfassend wirksame Rahmenregelungen mit einschliessen, darf sich also nicht auf die ökologische Optimierung des eigenen Betriebs beschränken.

3. Der Trend der gesetzlichen Rahmensetzung geht in Richtung Produktregulierung und erweiterter Umwelthaftung

Umweltschützer, Verbraucher und Politiker haben - ausgelöst durch die sich zuspitzende Abfalldiskussion - realisiert, dass Emissionskontrollen keinen hinreichenden Umweltschutz gewähren, weil die Produkte selbst und nicht nur die Emissionen die Umwelt belasten. Für juristisch denkende Politiker liegt es da nahe, regulatorisch immer tiefer in den Herstellungsprozess einzudringen, um z.B. recyclinggerechte Produkte zu erzwingen. Das verbleibende Umweltisiko möchte die Umweltpolitik mehr und mehr dem Hersteller zuweisen, möglichst durch erweiterte und verschärfte Haftungsbestimmungen. Der Trend enthält die Gefahr einer Innovationslähmung.

Im Sinne von These 2 sollten umweltbewusste Unternehmer auf diesen Trend nicht wie das Kaninchen auf die Schlange blicken, sondern von sich aus innovationsfreundlichere Strategien mitentwickeln (vgl. Thesen 8 und 13).

4. Die Umweltkrise geht tiefer als wir denken

Mit dem Beginn der Umweltpolitik in den siebziger Jahren hat sich die Vorstellung ausgebildet, dass Umweltpolitik im wesentlichen aus Schadstoffkontrolle besteht und dass die Umweltkrise hauptsächlich in zu hohen Schadstoffkonzentrationen besteht. Die ernsthaftesten Umweltgefahren liegen heute ganz woanders (Klimaveränderung, Waldzerstörung - rund 3000 m² pro Sekunde, Bodenerosion - rund 1000 Tonnen pro Sekunde, Artenausrottung - rund 20 pro Tag) und sind durch Schadstoffkontrolle so gut wie gar nicht beeinflussbar. Insofern ist die deutsche Umweltpolitik keineswegs so vorbildlich, wie sie sich gerne darstellt.

5. Die Industrieländer sind Hauptverursacher

Auch wenn die *Hauptschäden* an Wald, Böden und biologischer Vielfalt in den Entwicklungsländern auftreten, sind die Industrieländer mit ihrem Rohstoff-, Energie- und Fleischhunger die Hauptverursacher dieser Schäden. Die Pro-Kopf-Verbräuche an Energie, Rohstoffen, Fleisch u.a. sind in den Industrieländern rund zehnmal so hoch wie in den Entwicklungsländern. Die Pro-Kopf-Verbräuche des Nordens sind nicht auf fünf Milliarden Menschen ausdehnbar. Wenn diese Art "Reichtum" Voraussetzung für das Sich-leisten-können von "Umweltschutz" (Schadstoffkontrolle) ist, dann ist also weltweiter Umweltschutz aus *ökologischen* Gründen nicht möglich! Die Schadstoff-Fixierung der reichen Industrieländer ist eine neue Art von "Hochschornsteinpolitik"!

6. Schadstoffkontrolle ist ein Kostenfaktor, "Effizienzrevolution" ein Nutzenfaktor

Schadstoffkontrolle findet fast ausschliesslich "am Ende der Röhre" statt und verursacht zusätzliche Ko-

sten. So heisst denn die übliche Frage: Können wir uns Umweltschutz leisten? Auch wenn Schadstoffkontrolle ihrerseits Arbeitsplätze (in den Industrieländern) schafft, so ist sie doch für ärmere Länder in der Güterabwägung in aller Regel "zu teuer", insbesondere, wenn es sich um die bei uns vordringenden ehrgeizigen Grenzwerte handelt. Demgegenüber kann ein beim *Input* (Energie, Rohstoffe, Landverbrauch, Wasser) ansetzender Umweltschutz prinzipiell zum *Nutzenfaktor* werden. Intelligenterer, effizienterer Umgang mit den knappen kostenträchtigen Naturgütern zahlt sich meistens volkswirtschaftlich aus. Eine Verdreifachung bis Verzehnfachung der Effizienz, eine "Effizienzrevolution", ist technisch in Sichtweite. Die ökonomische Frage muss hier heissen: Können wir uns leisten, die Effizienzrevolution zu verschlafen? Eigenartigerweise ist die akademische Umweltökonomie bislang fast völlig bei der Schadstoffkontrolle und damit beim Umweltschutz als Kostenfaktor stehengeblieben.

Die Effizienzrevolution ist im Gegensatz zur blossen Schadstoffkontrolle weltweit machbar und sogar für ärmere Länder besonders lukrativ.

7. Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen

Damit die Effizienzrevolution auch stattfindet und man ihre volkswirtschaftlichen Gewinne (mehr verteilter Wohlstand!) auch einheimsen kann, muss sich die Effizienzorientierung auch betriebswirtschaftlich und beim Konsumenten lohnen. Die Preise für Energie, Rohstoffe, Landverbrauch, Wasser müssen hierfür wesentlich höher werden; sie müssen die "ökologische Wahrheit" sagen. Der Naturverbrauch sollte insgesamt um den Betrag der geschätzten "Externkosten" in Höhe von ca. 5 - 10 % des Bruttosozialprodukts teurer werden. Mit Ordnungsrecht (Ef-

fizienzvorgaben, Bezugsscheinen und dergleichen) ist die Effizienzrevolution hingegen bestenfalls stückchenweise und nur unter hohen indirekten Kosten erreichbar.

8. Anstelle übertriebener Regulungsdichte sollte die Umweltpolitik die ökologische Selbstregulierung stärken

Die Idee, dass der Staat an jedem Ort und zu jeder Zeit die Einhaltung der geltenden Umweltgesetze garantieren könne, ist völlig illusorisch, insbesondere in administrativ weniger entwickelten Ländern. Sie ist zudem mit einem autoritären, polizeilichen Staatsverständnis verwandt, welches mit Recht Akzeptanz verliert. Wenn es aber dem Staat gelingt, die Preise weitgehend die "ökologische Wahrheit" sagen zu lassen, dann ist ein eingestandener und geplanter Teilrückzug des Staates aus vielen Umwelt-Detailfragen völlig unproblematisch.

9. Die ökologische Steuerreform ist unverzichtbar

Um die Preise an die ökologische Wahrheit heranzuführen, müssen marktkonforme "ökonomische Instrumente" eingesetzt werden. Handelbare Emissionslizenzen sind das Lieblingskind der Umweltökonomie, aber sie verlangen noch mehr Kontrollaufwand als bloße Grenzwerte; ihre praktische Bedeutung bleibt also begrenzt. Umwelt-Sonderabgaben (wie die deutsche Abwasserabgabe) sind sinnvoll und haben hohe Bevölkerungsakzeptanz. Aber auch sie bleiben quantitativ eng begrenzt, u.a. weil sie die Staatsquote erhöhen.

Um in die Höhe von 5-10% des Sozialproduktes zu gelangen, ist es unverzichtbar, zwei weitere Massnahmen bzw. Instrumente einzusetzen:

- einen *schrittweisen* Abbau ökologisch unsinniger Subventionen und Steuerbefreiungen (Kilometerpauschale, v.a. Bevorzugung der PKW-

Pendler, Neuwagenabschreibung, Gasöl, Kerosin, Kohle, Agrarordnung u.a.m.);

- eine *schrittweise* ökologische Steuerreform, bei welcher die ökologisch bedenklichen *Inputfaktoren* (u.a. Fossil- und Atomenergie, Rohstoffe, Wasser, Landversiegelung) und anderen leicht erfassbare Faktoren (z.B. Chlor, Nitrat, Müll, SO₂-Emissionen, evtl. Pestizide) steuerlich *belastet* und in gleichem Umfang wünschenswerte Faktoren (u.a. menschliche Arbeit, Mehrwerterschaffung, Gewerbeaktivität) steuerlich *entlastet* werden.

Ökologischer Subventionsabbau und ökologische Steuerreform führen nach der These 3 zu volkswirtschaftlichen Gewinnen und nicht etwa zu Einbussen.

Ich schlage eine Verteuerung der Energie usw. durch Subventionsabbau und Steuern um 5% jährlich (inflationbereinigt) über 30 bis 40 Jahre hinweg vor.

10. Subventionsabbau und ökologische Steuerreform können sozialverträglich gestaltet werden

Die Sozialverträglichkeit kann durch geeignete Massnahmen gesichert werden:

- a) Senkung der Mehrwertsteuer:

Wenn das Aufkommen aus Subventionsabbau und Umweltsteuern im wesentlichen für eine Senkung der Mehrwertsteuer verwendet wird, bleiben negative Verteilungswirkungen minimal (auf einen gerechten Länderanteil der Umweltsteuern wäre zu achten);

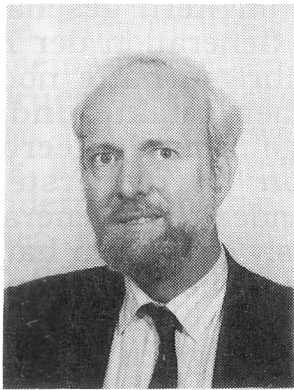
- b) Langsamer Anstieg:

Wenn der Effizienzfortschritt in der Grössenordnung der Verteuerungsrate liegt, bleiben Verteilungswirkungen ebenfalls gering. Eine Verdoppelung der durchschnittlichen PKW-Treibstoffeffizienz in 14 Jahren (der Zeitspanne einer Preisverdoppelung bei jähr-

lich 5% Anstieg) ist möglich;

c) **Kompensation:**

Wenn negative Verteilungswirkungen übrigbleiben, können diese ohne Schaden für die Wirksamkeit des Instruments finanziell ausgeglichen werden. Im übrigen ist die Umweltzerstörung so ungefähr das Unsozialste überhaupt: Nur die Reichen können ausweichen!



Ernst U. von Weizsäcker, geb. 1939 in Zürich; Physik-Diplom Hamburg 1965; 1969 Dr. rer. nat. (Biologie) Freiburg; 1969-72 wiss. Referent der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg; 1972-1975 ord. Professor für Interdisziplinäre Biologie an der Universität Essen; 1975-1980 Präsident der Gesamthochschule Kassel; 1982-1984 Direktor am Zentrum für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung bei den Vereinten Nationen; seit 1984 Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn (IEUP); seit dem 1. April 1991 hauptberuflich Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie.

1989 zusammen mit der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland erster Preisträger des italienischen Premio De Natura.

11. Die ökologische Steuerreform verlangt breiten politischen Konsens

Die sozial- und wirtschaftsverträglichste Form von Subventionsabbau und ökologischer Steuerreform (z.B. 5% Preisanstieg bei ökologisch bedenklichen Inputfaktoren) entfaltet ihre ungeheure (über das heutige Ordnungsrecht weit hinausführende) Wirkung dann und nur dann, wenn der Preisanstieg sehr verlässlich ist

und nicht von Wahlergebnissen, momentanen Gifthygienien, OPEC-Taxungen und dergleichen abhängt. Erst bei einem auf 10 Jahre gesicherten Preistrend verändert sich die Technologie nennenswert. Erst bei 20 Jahren Gewissheit ändert sich die Infrastruktur systematisch. Erst bei 30 Jahren Gewissheit ändern sich Lebensstile und Kultur mehr als oberflächlich. Diese Zeiträume verlangen einen breiten politischen Konsens. Ein solcher Konsens ist m.E. erreichbar.

12. Die ökologische Steuerreform ist europaverträglich

Deregulierung ist das zentrale Stichwort des EG-Binnenmarktes. Ohne ökologisches Korrektiv wirkt die Deregulierung umweltschädlich. Gesucht sind Korrektive, die den bürokratischen Teufel nicht mit dem umweltbürokratischen Beelzebub austreiben. Eine über die grossen, verwaltungsmässig auch in Mittelmeerländern ganz leicht erfassbaren Inputfaktoren, - insbesondere die Energie - wirkende ökologische Steuerreform (die womöglich sogar Steuerbürokratie einspart) kann geradezu als Idealbild des ökologischen Korrektivs für die Deregulierung gelten.

Die EG-Kommissare für Umwelt und Energie(!) plädieren neuerdings für eine Energiesteuer im EG-Raum, wobei die Frage, ob das eine EG-Steuer sein soll, völlig nachrangig ist. Holland und Dänemark haben bereits Umweltsteueranteile. Italien und Luxemburg werden m.E. nachziehen. Deutschland und Spanien bremsen eher. Die EFTA-Länder Schweden, Norwegen, Österreich, Schweiz sind wesentlich weiter als die EG. Artikel 99 EWG-Vertrag dürfte ein gewisses Mass an Gleichklang im EG-Raum - aber keineswegs völlige Gleichschaltung- erforderlich machen.

13. Wir brauchen eine "Stoffpolitik"

Stoffe haben ökologische Wirkungen "von der Wiege bis zur Bahre", vom Bergwerk bis zur Deponie. Die Stoffintensität der Wirtschaft hat in den letzten 30 Jahren zum Schaden der Umwelt beängstigend zugenommen. Die Umweltpolitik hat sich bei Stoffen bisher auf Chemikalienpolitik (hauptsächlich Neuzulassung), Abfallpolitik (eher schlecht als recht) und Schadstoffgrenzwerte beschränkt. Eine integrierte Stoffpolitik, die eine unausweichliche Konsequenz der Produktlinienanalyse wäre, fehlt völlig. Das wichtigste Instrument einer ökologischen Stoffpolitik ist nicht etwa eine detaillierte Regelung der Produktion (vgl. Thesen 3 und 8!), sondern wiederum eine ökologische Steuerreform, welche die Stoffe bei dem verwaltungsmässig sehr leicht zugänglichen Eintritt ins Wirtschaftsgeschehen verteuert und hierdurch einen äusserst wirksamen Anreiz zur Abfallvermeidung schafft.

14. Hohe Inflation schadet der Umwelt

Hohe Inflation bedeutet einen Anreiz, möglichst viele Erträge eher heute als morgen zu ernten, was in aller Regel zu Lasten der Natur geht. Flächen nicht mit aller Macht zu "entwickeln" und auszubeuten, bedeutet einen desto höheren Verlust oder Gewinnverzicht für den Besitzer, je höher die Inflation ist. Auch hohe Zinsen auf dem Weltmarkt haben einen ähnlichen Effekt. Sie zwingen die verschuldeten Rohstoff-exportländer, ihre Natur besonders intensiv auszubeuten.

Insofern extreme Verschuldungen inflations- und zinstreibend sind, schaden auch sie der Natur. Unter diesem Gesichtspunkt wäre m.E. auch eine befristete Abweichung von der Aufkommensneutralität der öko-

logischen Steuerreform zu rechtfertigen: Umweltsteuern dürfen auch im Notfall *befristet* zur Stabilisierung der inneren Staatsfinanzen oder zur Finanzierung von Schuldenerlassprogrammen mit "grüner Konditionalität" verwendet werden.

15. Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag

Unsere Kinder und Enkel erben von uns eine im Kern geschädigte Umwelt. Die Generation der heute über Dreissigjährigen hatte noch eine im wesentlichen intakte und regenerationsfähige Umwelt geerbt. Unsere Generation ist die erste, die den jahrtausendealten "Generationenvertrag" massiv gebrochen hat.

Die heute übliche Diskontrechnung für künftig erwarteten Nutzen ist zutiefst unökologisch und ein klarer Bruch des Generationenvertrages, und zwar desto verheerender, je höher der (Real-)Zinssatz ist. (Bei 5% Zinsen wäre der heutige Wert der gesamten Umwelt der Erde des Jahres 3000 weniger als ein Pfennig!) Anders als in früheren Jahrhunderten muss der Generationenvertrag heute von vornherein weltweit gedacht und möglichst konkret ausformuliert werden.

Literatur:

- BROWN-WEISS, Edith: In Fairness to Future Generations, New York 1989.
 CAIRNCROSS, Frances: Costing the Earth, London 1991.
 HUBER, JOSEPH: Unternehmen Umwelt, Frankfurt 1991.
 NUTZINGER, Hans G., ZÄHRNT, Angelika (Hgg.): Für eine ökologische Steuerreform, Frankfurt 1990.
 VON WEIZSÄCKER, Ernst U.: Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt, Darmstadt 1990.
 WINTER, Georg: Das umweltbewusste Unternehmen, München 1987.